



EU Wissen Aktuell

Der monatliche Newsletter von EuropeDirect OÖ

November 2018

[EU-Wahlen 2019: Kommission fordert stärkeres Engagement gegen Fake News und Desinformation im Netz](#)

[Einzelhandelsabsatz in Österreich um 1% gesunken](#)

[Kommission bekräftigt Beibehaltung der Beitrittsgespräche mit der Türkei](#)

[Europäische Bürgerinitiative: Kommission registriert Initiative „Verpflichtende Kennzeichnung von Lebensmitteln als nicht-vegetarisch/vegetarisch/vegan“](#)

[Billigere Anrufe und 5G: Neue Regeln](#)

[Kommission fordert maltesische Geldwäsche-Bekämpfungsstelle auf, Banken verstärkt zu überwachen](#)

[Wichtige Produkte und Dienstleistungen EU-weit zugänglich machen: Erklärung von Kommissarin Thyssen im Anschluss an die vorläufige Einigung zwischen den EU-Organen](#)

[Vertragsverletzungsverfahren im November: Wichtigste Beschlüsse](#)

[Herbstprognose 2018: anhaltendes, aber weniger dynamisches Wachstum bei hoher Unsicherheit](#)

[Neue Regeln für freien Datenverkehr und audiovisuelle Mediendienste beschlossen](#)

[Erholung des Milchsektors: die Hälfte der öffentlichen Magermilchpulverbestände wurde verkauft](#)

[Dank der Europäischen Woche der Berufsbildung 2018 entdecken Millionen Europäerinnen und Europäer die Vorteile der beruflichen Aus- und Weiterbildung](#)

[Mehrfähriger Finanzrahmen: Ein zukunftsfähiger Haushalt für Europa](#)

[Europäischer Antibiotikataq 2018: Gemeinsam den unnötigen Einsatz von Antibiotika beenden](#)

[Rechte von Bahnreisenden modernisiert: Besserer Schutz für Fahrgäste](#)

[Sicherheitsunion: verbessertes Schengener Informationssystem angenommen](#)

[Produktion im Baugewerbe im Euroraum um 2,0% gestiegen](#)

[Europäische Staatsanwaltschaft: Stelle des Europäischen Generalstaatsanwalts ausgeschrieben](#)

[Kürzung der Mindestsicherung für Flüchtlinge in Oberösterreich verstößt gegen EU-Recht](#)

[Umfrage der EU-Kommission: Bürger im Vorfeld der Europawahl in Sorge wegen Einflussnahme](#)

[Juncker zum Brexit-Abkommen: Die beste Vereinbarung, die wir erlangen konnten](#)

[Studie: Handel sichert über 36 Millionen Arbeitsplätze in der EU](#)

[Die Abschaffung der Zeitumstellung wird verschoben](#)

[Kommission fordert klimaneutrales Europa bis zum Jahr 2050](#)

[Kommission berichtet über Fortschritte bei der Risikominderung in der Bankenunion und fordert im Vorfeld der Treffen der EU-Führungsspitzen raschere Fortschritte bei der Kapitalmarktunion](#)

06.11.2018 Europäische Kommission

EU-Wahlen 2019: Kommission fordert stärkeres Engagement gegen Fake News und Desinformation im Netz

200 Tage vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 hat EU-Justizkommissarin Jourová die Betreiber sozialer Netzwerke aufgerufen, stärker gegen Fake News und Desinformation vorzugehen. Es müsse auch im Internet klar sein, wer Wahlkampf führe oder für Wahlwerbung bezahle, sagte die Kommissarin beim Websummit 2018 in Lissabon. Wie aus einem heute veröffentlichten Eurobarometer hervorgeht, sprechen sich 81% der Europäer/innen für eine klare Kennzeichnung von Werbung im Internet aus. Ebenso sind acht von zehn Befragten in der EU der Meinung, dass die Betreiber sozialer Netzwerke Angaben zu Werbeeinnahmen politischer Organisationen machen sollten. Die EU-Kommission hat bereits im Frühjahr Vorschläge für mehr Transparenz zu politischer Werbung vorgelegt, darunter zur Offenlegung von Werbegeldern und einer strikten Durchsetzung europäischer Datenschutzstandards. [Mehr](#)

07.11.2018 Eurostat

Einzelhandelsabsatz in Österreich um 1% gesunken

In Österreich ist das saisonbereinigte Absatzvolumen im Einzelhandel im September gegenüber August um 1,0% gesunken. Das zeigen Schätzungen des EU-Statistikamts Eurostat. Von den Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, war der Rückgang nur in Portugal stärker (-1,7%). Im Euroraum blieb der Einzelhandelsabsatz unverändert und in der EU schwächte er sich um 0,1% ab. Gegenüber September 2017 zeigt sich für Österreich eine Veränderung von -1,5%. Im Euroraum stieg der kalenderbereinigte Einzelhandelsindex im Jahresvergleich um 0,8% und in der EU um 1,5%. [Mehr](#)

07.11.2018 Europäische Kommission

Kommission bekräftigt Beibehaltung der Beitrittsgespräche mit der Türkei

Ein Sprecher der Europäischen Kommission nahm am 7. November 2018 auf Nachfrage einer Journalistin zu den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei Stellung: Die Position der Kommission sei, die Verhandlungen aufrechtzuerhalten. Anlass ist ein Interview von EU-Erweiterungskommissar Hahn mit einer deutschen Zeitung, das am 6. November 2018 erschienen ist. Hahn sagte: "Ich finde, langfristig wäre es ehrlicher für die Türkei und die EU, neue Wege zu gehen und die Beitrittsgespräche zu beenden. Aber die Entscheidung darüber

liegt natürlich bei den Mitgliedsstaaten. Eine Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union ist auf absehbare Zeit nicht realistisch, wenn ich mir die Äußerungen etwa des französischen Staatspräsidenten Macron und die Stimmung innerhalb der Bevölkerung in zahlreichen Mitgliedstaaten ansehe." Der Kommissionssprecher erinnerte auch daran, dass Kommissionspräsident Juncker und EU-Ratspräsident Tusk bei einem Gipfelreffen mit dem türkischen Präsident Erdoğan im März in Varna auf grundlegende Reformen, die Freilassung von Gefangenen und gute Nachbarschaftsbeziehungen gepocht hätten. Dies sei wichtig, um die Kommunikationskanäle offenzuhalten. [Mehr \(Video\)](#)

07.11.2018 Europäische Kommission Europäische Bürgerinitiative: Kommission registriert Initiative „Verpflichtende Kennzeichnung von Lebensmitteln als nicht-vegetarisch/vegetarisch/vegan“

Die Europäische Kommission hat am 7. November 2018 beschlossen, die Europäische Bürgerinitiative „Verpflichtende Kennzeichnung von Lebensmitteln als nicht-vegetarisch/vegetarisch/vegan“ zu registrieren. [Mehr](#)

08.11.2018 Europäisches Parlament Billigere Anrufe und 5G: Neue Regeln

Anrufe in andere EU-Länder werden bald billiger und Telekommunikationsunternehmen werden von klareren Regeln für längerfristige Investitionen in die Netzwerkinfrastruktur profitieren.

Anrufe zwischen den einzelnen EU-Ländern sollen ab dem 15. Mai 2019 auf 19 Cents und Nachrichten auf 6 Cents begrenzt werden. Das Europäische Parlament wird am 14. November über das neue Telekom-Paket abstimmen. So werden die Telekommunikationsdienste nicht nur billiger, sondern auch schneller! Außerdem zielen die neuen Regeln darauf ab, Investitionen zu fördern, die erforderlich sind, um die 5G-Konnektivität in allen europäischen Städten bis 2020 verfügbar zu machen. [Mehr](#)

08.11.2018 Europäische Kommission Kommission fordert maltesische Geldwäsche-Bekämpfungsstelle auf, Banken verstärkt zu überwachen

Die Europäische Kommission hat am 8. November 2018 eine Stellungnahme verabschiedet, in der die maltesische Stelle für Geldwäsche-Verdachtsanzeigen und Analysen aufgefordert wird, weiterhin zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, um ihren Verpflichtungen aus der vierten Geldwäscherichtlinie in vollem Umfang nachzukommen. [Mehr](#)

08.11.2018 Europäische Kommission Wichtige Produkte und Dienstleistungen EU-weit zugänglich machen: Erklärung von Kommissarin Thyssen im Anschluss an die vorläufige Einigung zwischen den EU-Organen

Das Europäische Parlament und der Rat erzielten heute eine vorläufige Einigung über den Vorschlag der Kommission für einen europäischen Rechtsakt zur Barrierefreiheit, mit dem viele alltägliche Produkte und Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen zugänglich werden sollen. Marianne Thyssen, EU-Kommissarin für Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität, begrüßte die Einigung mit folgender Erklärung: [Mehr](#)

08.11.2018 Europäische Kommission Vertragsverletzungsverfahren im November: Wichtigste Beschlüsse

Auch in diesem Monat hat die Europäische Kommission (die „Kommission“) rechtliche Schritte gegen Mitgliedstaaten eingeleitet, die ihren Verpflichtungen aus dem EU-Recht nicht nachkommen. Mit diesen Verfahren, die verschiedene Sektoren und EU-Politikfelder betreffen, soll eine korrekte und vollständige Anwendung des EU-Rechts im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen gewährleistet werden.

Die wichtigsten Beschlüsse der Kommission werden im Folgenden nach Politikfeldern geordnet vorgestellt. Die Kommission hat zudem beschlossen, 107 Verfahren einzustellen, in denen die Probleme mit den Mitgliedstaaten gelöst wurden und keine weiteren Verfahrensschritte notwendig sind. [Mehr](#)

08.11.2018 Europäische Kommission Herbstprognose 2018: anhaltendes, aber weniger dynamisches Wachstum bei hoher Unsicherheit

Nachdem das Wachstum im Euroraum im Jahr 2017 mit 2,4 % den höchsten Stand seit 10 Jahren erreicht hatte, dürfte es sich den Prognosen zufolge im Jahr 2018 auf 2,1 % abschwächen und sich 2019 und 2020 mit 1,9 % bzw. 1,7 % weiter verlangsamen. Dieselbe Entwicklung wird für die EU-27 erwartet, in der von einem Wachstum von 2,2 % im Jahr 2018, 2,0 % im Jahr 2019 und 1,9 % im Jahr 2020 ausgegangen wird. [Mehr](#)

09.11.2018 Europäische Kommission - Vertretung in Deutschland Neue Regeln für freien Datenverkehr und audiovisuelle Mediendienste beschlossen

In dieser Woche haben die Mitgliedstaaten im Rat die Verordnung über den freien Verkehr nicht personenbezogener Daten und die neue Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste verabschiedet. Damit werden zwei wichtige Rechtsvorschriften umgesetzt, die von der Europäischen Kommission im Rahmen der digitalen Binnenmarktstrategie vorgeschlagen wurden und den Bürgern und EU-Unternehmen direkt zugutekommen. [Mehr](#)

09.11.2018 Europäische Kommission - Vertretung in Deutschland Erholung des Milchsektors: die Hälfte der öffentlichen Magermilchpulverbestände wurde verkauft

Die Hälfte des seit 2015 eingekauften Magermilchpulvers wurde wieder in den Verkehr gebracht, ohne die Erholung des Milchsektors zu gefährden. Der letzte Verkauf von 30.000 Tonnen fand am 8. November statt. Von den im Jahr 2015 eingekauften 380.000 Tonnen sind bereits 190.000 Tonnen verkauft. Der EU-Preisbericht für den Milchmarkt von dieser Woche zeigt gleichzeitig, dass sich die Preise sowohl für Milch als auch für Magermilchpulver verbessert haben. [Mehr](#)

09.11.2018 Europäische Kommission Dank der Europäischen Woche der Berufsbildung 2018 entdecken Millionen Europäerinnen und Europäer die Vorteile der beruflichen Aus- und Weiterbildung

Am 9. November 2018 endet die Europäische Woche der Berufsbildung 2018, die die Europäische Kommission in Zusammenarbeit mit dem österreichischen Ratsvorsitz veranstaltet hat.

Dank der 1512 Veranstaltungen in ganz Europa hat die Kampagne bislang 2,2 Mio. Menschen erreicht, 1,2 Mio. mehr als im vergangenen Jahr. Doch damit ist sie noch nicht abgeschlossen, da bis Dezember 2018 noch viele weitere damit zusammenhängende Aktivitäten und Veranstaltungen in ganz Europa organisiert werden. Zum Abschluss der Woche hat Marianne Thyssen, die für Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität zuständige Kommissarin, die Preisträger für Exzellenz im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung 2018 bekannt gegeben. [Mehr](#)

12.11.2018 Europäisches Parlament **Mehrfähriger Finanzrahmen: Ein zukunftsfähiger Haushalt für Europa**

Das EU-Parlament fordert den Rat auf, vor der Europawahl 2019 eine Einigung über den langfristigen Haushalt (MFR) der EU zu erzielen, da sonst negative Folgen für EU-Programme drohen.

In seinem Zwischenbericht über den mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 bedauert das EU-Parlament, dass im Rat "bisher keine greifbaren Fortschritte zu verzeichnen sind", und befürwortet die Einrichtung regelmäßiger Treffen zwischen dem Verhandlungsteam des Parlaments und den künftigen Ratspräsidenten. [Mehr](#)

15.11.2018 Europäische Kommission **Europäischer Antibiotikatag 2018: Gemeinsam den unnötigen Einsatz von Antibiotika beenden**

Die Kommission hat anlässlich des anstehenden 11. Europäischen Tags der Sensibilisierung für Antibiotikaresistenz die Ergebnisse einer neuen Eurobarometer-Studie zum Wissensstand der Öffentlichkeit über Antibiotika und den allgemeinen Tendenzen bei ihrer Verwendung veröffentlicht. [Mehr](#)

15.11.2018 Europäisches Parlament **Rechte von Bahnreisenden modernisiert: Besserer Schutz für Fahrgäste**

Die aktualisierten Rechte für Zugreisende sollen höhere Entschädigungen bei Verspätungen und eine bessere Unterstützung von Menschen mit eingeschränkter Mobilität umfassen.

Die Abgeordneten haben sich für eine Reihe von Änderungen der Vorschriften von 2009 ausgesprochen. Ziel ist, eine bessere Unterstützung für Menschen mit eingeschränkter Mobilität, einen besseren Zugang für Radfahrer und klarere Verfahren zur Bearbeitung von Beschwerden zu gewährleisten. Darüber hinaus sollten die Eisenbahnunternehmen die Fahrgäste besser über ihre Rechte informieren und die Entschädigung der Pendler im Falle von Verspätungen erhöhen. [Mehr](#)

19.11.2018 Europäische Kommission **Sicherheitsunion: verbessertes Schengener Informationssystem angenommen**

Der Rat hat am 19. November 2018 den von der Kommission vorgelegten Vorschlag zur Stärkung des Schengener Informationssystems (SIS) angenommen, dem am häufigsten verwendeten europäischen Informationsaustauschsystem für die Bereiche Migration, Sicherheit und Grenzmanagement. [Mehr](#) und [Informationsblatt](#)

19.11.2018 eurostat

Produktion im Baugewerbe im Euroraum um 2,0% gestiegen

Im September 2018 stieg die saisonbereinigte Produktion im Baugewerbe gegenüber August 2018 im Euroraum (ER19) um 2,0% und in der Europäischen Union um 1,7%, laut ersten Schätzungen von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union. Im August 2018 war die Produktion im Baugewerbe im Euroraum um 0,6% und in der EU um 0,5% gesunken. [Mehr](#)

19.11.2018 Europäische Kommission - Vertretung in Deutschland

Europäische Staatsanwaltschaft: Stelle des Europäischen Generalstaatsanwalts ausgeschrieben

Die EU-Kommission hat am 19. November 2018 die Stellenausschreibung des Europäischen Generalstaatsanwalts veröffentlicht. Der erfolgreiche Kandidat wird der erste europäische Generalstaatsanwalt der neuen Europäischen Staatsanwaltschaft sein, die die zuständig ist für die strafrechtliche Untersuchung und Verfolgung von Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU (z. B. Korruption oder Betrug im Zusammenhang mit EU-Mitteln oder grenzüberschreitender Mehrwertsteuerbetrug). Der Europäische Generalstaatsanwalt wird für eine nicht verlängerbare Amtszeit von sieben Jahren ernannt. [Mehr](#)

21.11.2018 EuGH

Kürzung der Mindestsicherung für Flüchtlinge in Oberösterreich verstößt gegen EU-Recht

Die Regelung zur Mindestsicherung in Oberösterreich, wonach Flüchtlinge mit befristetem Aufenthaltsrecht geringere Sozialleistungen erhalten, ist nicht mit EU-Recht vereinbar. Das stellt ein heute verkündetes Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) fest. Das Urteil betont, dass die EU-Qualifikationsrichtlinie wie auch die Genfer Flüchtlingskonvention verlangen, dass jeder Flüchtling, dem Schutz gewährt wird, im gleichen Umfang Sozialhilfe erhalten muss wie eigene Staatsangehörigen. Die oberösterreichische Regelung steht mit diesem Gleichbehandlungsgebot nicht im Einklang. Der EuGH betont zusätzlich, dass die relevante Bestimmung der Qualifikationsrichtlinie unmittelbare Wirkung hat; dies bedeutet, dass sich ein Flüchtling vor den nationalen Gerichten unmittelbar auf die Unvereinbarkeit der innerstaatlichen Regelungen mit der Qualifikationsrichtlinie berufen kann. Die Vorgeschichte: Eine betroffene Familie hatte gegen die oberösterreichische Bestimmung geklagt, worauf das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich den EuGH um Auslegung des europäischen Rechts ersucht hat. Das Urteil (Rechtssache C-713/17) ist hier abrufbar. [Mehr](#)

26.11.2018 Europäische Kommission

Umfrage der EU-Kommission: Bürger im Vorfeld der Europawahl in Sorge wegen Einflussnahme

Die Europäische Kommission widmet ihr jährliches Grundrechte-Kolloquium dem Thema „Demokratie in der EU“ – in einem Moment, in dem die europäischen Bürgerinnen und Bürger sich wegen der Einflussnahme auf Wahlen besorgt zeigen. [Mehr](#)

26.11.2018 Europäische Kommission - Vertretung in Deutschland
Juncker zum Brexit-Abkommen: Die beste Vereinbarung, die wir erlangen konnten

Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der EU-27 haben am 25. November 2018 Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU und die politische Erklärung zu den künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich gebilligt. [Mehr](#)

27.11.2018 Europäische Kommission
Studie: Handel sichert über 36 Millionen Arbeitsplätze in der EU

Zwei neuen Studien, die am 27. November 2018 von der Europäischen Kommission veröffentlicht wurden, zeigen, dass die Exporte der EU immer wichtiger für Arbeitsplätze innerhalb und außerhalb Europas werden.

Die Ausfuhren der EU in die ganze Welt sind wichtiger denn je: Sie sichern 36 Millionen Arbeitsplätze in ganz Europa, eine Steigerung um zwei Drittel seit dem Jahr 2000. An 14 Millionen dieser Arbeitsplätze sind Frauen beschäftigt. Darüber hinaus generieren die Exporte der EU eine Wertschöpfung von 2,3 Billionen EUR. [Mehr](#)

28.11.2018 OÖ. Nachrichten
Die Abschaffung der Zeitumstellung wird verschoben

EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker wollte noch schnell eine populäre Reform durchpeitschen, bevor seine Amtszeit endet. Doch daraus wird nichts: Die halbjährliche Zeitumstellung wird in Europa doch nicht 2019 abgeschafft, sondern frühestens 2021. [Mehr](#)

28.11.2018 Europäische Kommission
Kommission fordert klimaneutrales Europa bis zum Jahr 2050

Am 28. November 2018 hat die Europäische Kommission eine strategische, langfristige Vision für eine wohlhabende, moderne, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft – Ein sauberer Planet für alle – verabschiedet. [Mehr](#)

28.11.2018 Europäische Kommission

Kommission berichtet über Fortschritte bei der Risikominderung in der Bankenunion und fordert im Vorfeld der Treffen der EU-Führungsspitzen raschere Fortschritte bei der Kapitalmarktunion

Die Kommission zieht heute Bilanz über die jüngsten Entwicklungen bei der Risikominderung im Bankensektor und über die Fortschritte auf dem Weg zu einem noch stärker integrierten und stabileren EU-Finanzsystem. [Mehr](#)

**Das EuropeDirect-Team Oberösterreich
wünscht Ihnen
frohe Weihnachten und alles Gute für 2019!**

Redaktion und Impressum/Offenlegung gemäß §§ 24, 25 MedienG :

Amt der Oö. Landesregierung

Direktion Verfassungsdienst,

EuropeDirect Oberösterreich

Landhausplatz 1, 4021 Linz

Telefon: 0732 7720 - 14020

Fax: 0732 7720 - 21 40 22

E-Mail: europedirect@ooe.gv.at